



PRESSE-INFORMATION

25. Oktober 2017

Sparkassen und Genossenschaftsbanken fordern: Sparen muss sich wieder lohnen

1 **„Sparen muss sich endlich wieder lohnen! Ein Ende der Null-**
2 **zinspolitik ist längst überfällig“, fordern Peter Schneider,**
3 **Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg, und**
4 **Dr. Roman Glaser, Präsident des Baden-Württembergischen**
5 **Genossenschaftsverbands (BWGV), anlässlich des Weltspartags**
6 **2017.**

7
8 Die Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) schade nicht nur den
9 Sparern – sie untergrabe auch die sozialen Sicherungssysteme. Die
10 praktisch nicht mehr existenten Zinsen schafften eine Fülle neuer
11 Probleme. Beim gut besuchten Symposium „Sparen muss sich wie-
12 der lohnen!“ in Stuttgart diskutierte eine renommierte Expertenrunde
13 über das Thema Sparen und die Folgen der Nullzinspolitik der EZB.
14 Ihre Botschaft: Trotz Niedrigzinsen bleibt das Sparen eine Vorausset-
15 zung für den Vermögensaufbau. Die Bedeutung der privaten Vorsor-
16 ge wächst weiter.

17
18 Rund 300 Gäste hatten sich auf Einladung der Sparkassen sowie der
19 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg am Diens-
20 tagabend, 24. Oktober, im Haus der Wirtschaft in Stuttgart eingefun-
21 den, um die spannende Diskussion zu verfolgen. Auf dem Podium
22 saßen die baden-württembergische Finanzministerin Edith Sitzmann,
23 der Europa-Abgeordnete Burkhard Balz, der zugleich Koordinator der
24 EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung ist, sowie die
25 beiden Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Hans-Peter Burghof von
26 der Universität Hohenheim und Prof. Dr. Gustav Horn, Wissenschaft-
27 licher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturfors-
28 chung der Hans-Böckler-Stiftung.

29
30 **„Niedrigzins verlagert lediglich Probleme in eine andere Zeit“**

31
32 Während die übrigen Referenten sich klar gegen die Niedrigzinspolitik
33 stellten, verteidigte Gustav Horn die Arbeit der Europäischen Zentral-
34 bank. „Die EZB handelt im Sinne ihres Auftrags. Hätte sie 2012 nicht
35 eingegriffen, lägen wir heute am Boden“, betonte er und ergänzte in
36 Richtung Publikum: „Herr Draghi hat auch Sie gerettet.“ Burkhard
37 Balz führte die Folgen der Niedrigzinspolitik für Renten, Versicherun-
38 gen und Stiftungsvermögen vor Augen: „Das Niedrigzinsniveau verla-
39 gert lediglich Probleme in eine andere Zeit.“ Die Regulatorik bevorzu-
40 ge vor allem internationale Großbanken. Dabei entstehe ein Banken-
41 system, das in zehn bis 15 Jahren noch deutlich gefährlicher werde.

42
43 Auch Hans-Peter Burghof wandte sich gegen die aktuelle EU-
44 Regulatorik. Gerade in Deutschland seien die regional verwurzelten



45 Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie Sparkassen für den Mittel-
46 stand unersetzbar: „Ein schwäbischer Mittelständler braucht seine
47 Hausbank, sonst ist er sofort tot.“ Finanzministerin Edith Sitzmann
48 hob die Wertigkeit und die soziale Bedeutung der einfachen Sparfor-
49 men für Bürger hervor: „Nicht jeder hat die Möglichkeit zu entschei-
50 den, ob er sich eine Immobilie kauft oder nicht. Investitionen sind für
51 viele mit einem hohen Risiko verbunden.“

52
53 Die Sparer in Deutschland sind die großen Verlierer der EZB-Politik.
54 Beliebte und sichere Anlagen wie Festgeld, Tagesgeld oder Sparbü-
55 cher bringen derzeit praktisch keinen Ertrag. „Die Bankkunden fragen
56 sich, warum sie überhaupt noch sparen sollen“, gab Sparkassenprä-
57 sident Schneider zu bedenken. Vor allem junge Menschen hätten das
58 Gefühl für den stetigen Vermögensaufbau verloren – was verhäng-
59 nisvolle Folgen haben könne.

60
61 Die quasi abgeschafften Zinsen ziehen auch soziale Folgen nach
62 sich. Insbesondere Stiftungen und soziale Sicherungssysteme kämp-
63 fen mit der aktuellen Situation. „Für Menschen mit geringem und mitt-
64 larem Einkommen ist es inzwischen fast unmöglich, fürs Alter vorzu-
65 sorgen“, konstatierten die Bankenvertreter Schneider und Glaser. Die
66 Folge sind längere Lebensarbeitszeiten, erhebliche Versorgungslü-
67 cken und teilweise sogar Altersarmut. „Die Nullzinsen sind politisch
68 gewollt, für die Menschen und die Volkswirtschaft insgesamt aber
69 langfristig äußerst schädlich“, sagte BWGV-Präsident Glaser. Der
70 Zins habe seine Steuerungsfunktion fast vollständig verloren.

71

72 **Folge der Niedrigzinspolitik:** 73 **Jeder Vierte spart überhaupt nicht mehr**

74

75 Auch wenn es für Staatshaushalte und Kreditnehmer kurzfristig posi-
76 tive Effekte durch die niedrigen Zinsen geben mag – langfristig wirkt
77 sich die „Abschaffung“ des Zinses negativ aus. Die Anreize zum Spa-
78 ren sinken massiv. Immer mehr Deutsche sparen überhaupt nicht
79 mehr, lautet entsprechend das Ergebnis einer aktuellen Umfrage des
80 Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken
81 (BVR) zum Weltspartag. Wichtige Zukunftsinvestitionen werden zu-
82 gunsten des Konsums zurückgestellt. 25 Prozent der Befragten ge-
83 ben an, gar kein Geld zurückzulegen, im Vorjahr hatten sich noch 17
84 Prozent entsprechend geäußert. „Das ist mehr als bedenklich“, beton-
85 te Glaser. Durch die Nullzinspolitik drohen zudem Spekulationsblasen
86 – etwa auf den Immobilienmärkten, wo die Preise schon seit Längere-
87 m immer weiter steigen. Die Niedrigzinspolitik fördert somit Speku-
88 lationen und ist eine Gefahr für ein stabiles Wirtschaftswachstum.

89

90 Vor diesem Hintergrund wird das Thema Beratung immer wichtiger.
91 „In der kompetenten und vertrauensvollen Beratung liegt die große
92 Stärke unserer Banken, die traditionell sehr nahe an den Menschen
93 sind“, verdeutlichte Genossenschaftspräsident Glaser. „Gerade in der
94 Niedrigzinsphase wird eine breite und sinnvolle Streuung der Anlagen



95 für Privatanleger noch wichtiger. Unsere Beraterinnen und Berater
96 können hier kompetent Hilfestellung geben“, betonte auch Sparkas-
97 senpräsident Schneider.

98

99 **Klares „Nein“ zur europäischen Einlagensicherung**

100

101 Beim Symposium bezogen die Präsidenten Schneider und Glaser
102 klar Stellung: Eine europäische Einlagensicherung, die über die oh-
103 nehin schon geltenden einheitlichen Standards hinaus geht, stößt bei
104 Sparkassen und Genossenschaftsbanken auf massiven Widerstand.
105 Auch das jüngst von der EU-Kommission ins Spiel gebrachte Rück-
106 versicherungsmodell lehnen sie strikt ab: Letztlich sei dies nichts an-
107 deres als eine Vorstufe zur kompletten Vergemeinschaftung aller Ri-
108 siken.

109

110 „Brüssel setzt das Vertrauen der Sparer aufs Spiel. Mit einer europäi-
111 schen Einlagensicherung werden die festen Schutzmauern eingeris-
112 sen, die unsere nationalen Bankenmärkte vor Finanzmarkt-
113 Turbulenzen schützen. Verlierer sind die Bankkunden in Deutsch-
114 land“, sagte Schneider. „Niemandem ist es zu vermitteln, warum wir
115 den bewährten nationalen Schutz unserer Ersparnisse gegen eine
116 instabile europäische Sicherungseinrichtung eintauschen sollten. Wir
117 brauchen keine europäische Einlagensicherung“, ergänzte Glaser. Es
118 ergebe überhaupt keinen Sinn, dass deutsche Sparer mit ihren Einla-
119 gen für die Risiken italienischer oder griechischer Banken haften
120 müssten – auch nicht in einem einheitlichen Wirtschafts- und Wäh-
121 rungsraum.

122

123 Schneider und Glaser fordern dagegen eindringlich, die über viele
124 Jahrzehnte bewährten Systeme der Volksbanken und Raiffeisenban-
125 ken sowie der Sparkassen zu erhalten. Durch ihre selbstständig or-
126 ganisierten Institutssicherungen ist gewährleistet, dass weder bei
127 Sparkassen noch bei Volksbanken oder Raiffeisenbanken die Einla-
128 gen der Kunden verloren gehen können. Noch nie hat ein Kunde ei-
129 ner Genossenschaftsbank oder Sparkasse auch nur einen Cent sei-
130 ner Einlagen verloren.

131

132 **Mehr Augenmaß bei der Bankenregulierung**

133

134 Weiter fordern Sparkassen und Genossenschaftsbanken von der
135 EZB, bewusst zwischen global agierenden Großbanken auf der einen
136 und regional aktiven Volksbanken und Raiffeisenbanken sowie Spar-
137 kassen auf der anderen Seite zu differenzieren. „Gerade die verläss-
138 lichen kleinen und mittleren Institute dürfen nicht durch übertriebene
139 bürokratische Belastungen in Schwierigkeiten gebracht werden“, be-
140 tonte Sparkassenpräsident Schneider. „Bei der Regulierung ist mitt-
141 lerweise eine Schwelle erreicht, die lähmend wirkt“, ergänzte Glaser.
142 „Wir brauchen hier eindeutig mehr Differenzierung. Die Grenze der
143 Belastbarkeit ist definitiv erreicht“, sagte der Repräsentant der Volks-
144 banken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg.



145 Beide Präsidenten plädieren für mehr Augenmaß der Politik und die
146 strikte Wahrung des Subsidiaritätsprinzips: Für ein gemeinsames
147 Budget der Eurostaaten, wie vom französischen Präsidenten Emma-
148 nuel Macron vorgeschlagen, sehen Schneider und Glaser ebenso
149 wenig überzeugende Gründe wie für immer mehr Umverteilung in
150 Europa oder eine Haftungsunion.

151

152 **Verlässliche Partner der Menschen und des Mittelstands vor Ort**

153

154 Die Sparkassen sowie die Volksbanken und Raiffeisenbanken sind
155 seit mehr als 150 Jahren verlässliche Partner der Menschen und des
156 Mittelstands in Baden-Württemberg. Insbesondere nach Ausbruch
157 der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise 2008/2009 haben die regi-
158 onalen Banken mit ihren nachhaltigen und auf die örtliche Realwirt-
159 schaft bezogenen Geschäftsmodellen ihre außerordentliche Stärke
160 und ihre große Bedeutung für den Standort Deutschland bewiesen.
161 Es ist zu einem guten Teil ihr Verdienst, dass die heimische Wirt-
162 schaft schnell und vergleichsweise unbeschadet durch die Krise kam.

163

164 Die 185 Volksbanken und Raiffeisenbanken in Baden-Württemberg
165 weisen eine Bilanzsumme von mehr als 156 Milliarden Euro aus. Die
166 Einlagen liegen bei gut 117 Milliarden Euro, die vergebenen Kredite
167 bei mehr als 95 Milliarden Euro. Insgesamt arbeiten 23.400 Mitarbei-
168 terinnen und Mitarbeiter für die Volksbanken und Raiffeisenbanken im
169 Südwesten, darunter fast 2.200 Auszubildende. Die Genossen-
170 schaftsbanken werden von mehr als 3,75 Millionen Mitgliedern getra-
171 gen.

172

173 Die 51 Sparkassen im Südwesten kommen zusammen auf eine Bi-
174 lanzsumme von 184 Milliarden Euro. Die Einlagen der Kunden liegen
175 bei 130 Milliarden Euro. Rund 119 Milliarden Euro wurden aktuell an
176 Krediten ausgereicht. Insgesamt arbeiten gut 34.000 Mitarbeiterinnen
177 und Mitarbeiter in den Sparkassen, darunter rund 2.500 Auszubilden-
178 de.

Ihr Ansprechpartner beim Sparkassenverband Baden-Württemberg:

Stephan Schorn, Pressesprecher
Am Hauptbahnhof 2, 70173 Stuttgart
Fon 0711 127-77 390 Fax 0711 127-77 943
E-Mail: stephan.schorn@sv-bw.de – www.sv-bw.de

Ihr Ansprechpartner beim Baden-Württembergischen Genossenschaftsverband e.V.:

Thomas Hagenbucher, Pressesprecher
Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart
Fon 0711 222 13-27 70 Fax 0711 222 13-73 77
E-Mail: thomas.hagenbucher@bwgv-info.de – www.bwgv-info.de